STADT ASCHERSLEBEN

Tagesordnungspunkt	
Vorlage Nr. **VII/0292/21**	Dezernat III AZ:
öffentlich	

Nr.	Gremium	Datum	ja	nein	Enth.
1 .	Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss	14.04./05.05.2021			

Beschluss über vorgesehene Maßnahmen in den Ortschaften der Stadt Aschersleben zur Verbesserung der Infrastruktur

In der der Sitzung des Stadtrates am 25.11.2020 wurde auf Basis des Antrags der Fraktionen WIDAB und CDU (Vorlage VII/0159/20/4) beschlossen, dass es eine finanzielle Unterstützung zur Verbesserung der Infrastruktur in den Ortschaften der Stadt Aschersleben in Höhe von 100.000 EUR geben soll.

Die Ortschaften hatten die Möglichkeit, bis zum 31.03.2021 entsprechende Vorschläge bei der Stadtverwaltung einzureichen. Vorgeschlagen werden konnten sowohl investive als auch nichtinvestive Maßnahmen. Auf Basis dieser Vorschläge wurde die beiliegende Tabelle erstellt und – sofern noch keine Kostenangebote vorlagen – mit Schätzwerten zur finanziellen Größenordnung versehen.

Zuständigkeit: § 45 KVG LSA i. V. mit
§ 6 Abs. 4 Hauptsatzung der Stadt Aschersleben

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen werden gemäß den dort angegebenen Kosten aus dem Gesamtbudget von 100.000 € finanziert.

_____

Oberbürgermeister

Anlagen:

- Liste der vorgeschlagenen Maßnahmen

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN:

1. Planmäßige Aufwendung/Auszahlung oder planmäßige(r) Ertrag/Einzahlung:

planmäßige Aufw./Ausz.	Buchungsstelle	1.1.1.12.5211000 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen)
	Buchungsstelle	
planmäßige(r) Ertr./Einz.	Buchungsstelle	
	Buchungsstelle	

2. Überplanmäßige oder außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung:

☐ überplanmäßig ☐ außerplanmäßig

Es entstehen unmittelbare Ausgaben von: EUR

Zur Deckung werden verwendet:

Buchungsstelle
Buchungsstelle
Buchungsstelle

3. Übersehbare Folgekosten:

An Folgelasten entstehen Kosten in Höhe von: EUR
erwartete Einnahmen: EUR

☐ anzeigepflichtig ☐ genehmigungspflichtig
☐ Bekanntmachung ☐ Änderung im Ortsrecht

AUSWIRKUNGEN AUF DEN STELLENPLAN:

Stellenerweiterung Stellenreduzierung

DEMOGRAFIE-CHECK:

Die Maßnahme ist demografierelevant: ☒ Ja ☐ Nein
Die Maßnahme ist verantwortbar: ☒ Ja ☐ Nein

Weiterführende Ausführungen zum Demografie-Check in der Begründung

BEMERKUNGEN:

☐ zur Besonderen Kontrolle durch den Stadtrat
Projektverantwortlicher/Ansprechpartner:

Dezernentin